

SITZUNG

Sitzungstag:
8. September 2015

Sitzungsort:
Sitzungssaal des Rathauses Vilseck

<u>Namen der Stadtratsmitglieder</u>		
<u>anwesend</u>	<u>abwesend</u>	<u>Abwesenheitsgrund</u>
<u>Vorsitzender:</u>		
1. Bürgermeister Hans-Martin Schertl		
<u>Niederschriftführer</u>		
Verwaltungsinspektorin Inge Zippe		
<u>Stadtratsmitglieder:</u>		
Ertl Wilhelm		
Fenk Karl		
Finster Josef		
Graf Markus		
Grädler Thorsten		
Högl Manfred	geht bei Punkt 7	
	Honig Maria	Urlaub
	Kredler Andreas	Urlaub
Krob Heinz		
Lehner Peter		
	Plößner Andreas	Urlaub
Plößner Manuel		
Pröls Ludwig		
Renner Roland		
Ringer Hildegard		
Ruppert Heinrich		
Schwindl Helmut		
Ströll-Winkler Christian		
Trummer Karl		
Wismeth Peter	geht bei Punkt 8	

Beschlussfähigkeit im Sinne des Art. 47 Abs. 2 und 3 GO war gegeben.

8. September 2015

Außerdem waren anwesend:

Landschaftsarchitektin Gabriele Harth vom Architekturbüro Harth & Flierl, Amberg

Architekt Micheal Flierl vom Architekturbüro Harth & Flierl, Amberg

Von der Verwaltung:

Hauptamtsleiter Oliver Grollmisch

Finanzverwaltungsmitarbeiter Frederik Pröls

Tagesordnung

1. Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Stadtratssitzungen vom 20. Juli 2015 und 21. Juli 2015
2. Weitere Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt Vilseck;
Information zur Anmietung "Gebäude Mozartstraße 3" durch die Regierung der Oberpfalz
3. Umgestaltung des Naherholungsgebietes Vilsauen;
Beschlussfassung über das städtebauliche Neuordnungskonzept
4. Generalsanierung Schule Vilseck;
 - 4.1: Genehmigung der Mehrkostenanmeldung für Arbeiten an der Südseite des Gebäudeteils "Ganztagsbetreuung/Mehrzweckhalle"
 - 4.2: Aussprache und Beschlussfassung "Austausch Wandfliesen Schule"
 - 4.3: Vergabe der Schreinerarbeiten für Trakt D
5. Vergabe des Auftrags zur Beschaffung eines neuen Beamers für den Sitzungssaal im Rathaus
6. Bahnhofstraße Vilseck;
Bekanntgabe der Geschwindigkeitsmessungen
7. Widmungen;
 - 7.1: Verbindungsweg zwischen der Breslauer Straße und der Krankenhausstraße
 - 7.2: Verbindungsweg zwischen der Görlitzer Straße und der Breslauer Straße sowie dessen Abzweigungen zur Liegnitzer Straße und zur Stettiner Straße
8. Recyclingzentrum Oberweißbach;
Beschlussfassung über die Änderung des Flächennutzungsplanes
9. Schulverbund Obere Vils-Ehenbach;
Bekanntgabe der Schülerzahlen für das Schuljahr 2015/2016
10. Kläranlage Vilseck;
Vergabe der Einhausung für das Notstromaggregat

Die Sitzung war öffentlich.

1. Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Stadtratssitzungen vom 20. Juli 2015
und 21. Juli 2015

Der Stadtrat erhebt keine Einwendungen gegen die Protokolle der öffentlichen Stadtratssitzungen vom 20. Juli 2015 und vom 21. Juli 2015.

2. Weitere Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt Vilseck;
Information zur Anmietung "Gebäude Mozartstraße 3" durch die Regierung der Oberpfalz

Zur weiteren Unterbringung von Asylbewerbern in der Stadt Vilseck gibt Bürgermeister Hans-Martin Schertl folgende Erläuterung:

" Am Montag, 24. August 2015, ging ein Mail von Herrn Scheuerer von der Regierung der Oberpfalz ein, dass der Eigentümer der Wohnblöcke, der bereits das Gebäude Mozartstraße 5 an die Regierung zur Unterbringung von Flüchtlingen vermietet hat, nun den weiteren Wohnblock Mozartstraße 3 als weitere Unterkunft für Flüchtlinge anbietet.

Die Regierung hat dieses Angebot angenommen und wird dieses Gebäude zum 1. November 2015 belegen. Die Größenordnung beträgt 50 Personen.

Ich habe diese Information sofort an die beiden stellvertretenden Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden weitergeleitet. Außerdem habe ich ein Telefongespräch mit dem Regierungspräsidenten, Herrn Axel Bartelt, geführt und ihm meine Sicht der Dinge mitgeteilt. Derzeit sind in der Stadt Vilseck 99 Flüchtlinge untergebracht. Dies sei grundsätzlich ausreichend, da nach Auskunft des Landratsamtes vier Gemeinden im Landkreis noch gar keine Flüchtlinge aufgenommen hätten. Laut Aussagen von Herrn Bartelt müsste sogar der 3. Wohnblock angemietet werden, sofern er der Regierung angeboten werde.

In einer gemeinsamen Stellungnahme haben wir uns nach dem Gespräch mit den stellvertretenden Bürgermeistern und den Fraktionsvorsitzenden gegen eine weitere Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft ausgesprochen und auf unseren Beschluss für eine dezentrale Unterbringung hingewiesen. Wir haben ebenfalls an die Solidarität aller Landkreisgemeinden appelliert, einen Anteil an der Bewältigung des Flüchtlingsansturmes beizutragen.

8. September 2015

Zwischenzeitlich hat der Regierungspräsident ein Schreiben an alle Kommunen in der Oberpfalz gerichtet und ebenfalls aufgerufen, dass alle Kommunen sich solidarisch verhalten sollen, damit die Flüchtlinge auf alle Schultern verteilt werden können. Dieses Schreiben hat eine Aufstellung enthalten, in welchen Kommunen wie viele Flüchtlinge leben.

Ich habe eine Zusammenstellung gefertigt. Demnach haben von den 223 Oberpfälzer Kommunen bisher 98 Kommunen noch keine Flüchtlinge aufgenommen. Der durchschnittliche Prozentsatz in der Oberpfalz zur Aufnahme von Flüchtlingen variiert mit 0,57 % Flüchtlingen im Vergleich zur Bevölkerung im Landkreis Regensburg bis 0,82 % Flüchtlingen im Landkreis Schwandorf. Der Landkreis Amberg-Weizsach hat derzeit 0,63 % an Flüchtlingen aufgenommen.

Die Zahlen für unsere Stadt Vilseck liegen erheblich über diesen Sätzen. Nach der Mitteilung der Regierung sind derzeit 93 Flüchtlinge in unserer Stadt Vilseck untergebracht. Dies ist ein Anteil von 1,59 % zur Gesamtbevölkerung. Mit der geplanten weiteren Anmietung des zweiten Wohnblocks Mozartstraße 3 zum 1. November 2015 würde sich dann der Anteil der Stadt Vilseck auf 2,42 % erhöhen.

Aus den übermittelten Aufstellungen für die einzelnen Landkreise ist auch zu entnehmen, dass es im Landkreis Regensburg lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft gibt, in der derzeit lediglich 13 Personen wohnen. Die Stadt Vilseck hat derzeit bereits in ihren beiden Gemeinschaftsunterkünften das 5-fache der Zahlen von Flüchtlingen als der gesamte Landkreis Regensburg in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht hat. Sollte zum 1. November 2015 der Wohnblock Mozartstraße 3 angemietet werden und mit 50 weiteren Personen belegt werden, hätte die Stadt Vilseck nach den derzeitigen Zahlen mehr Personen in Gemeinschaftsunterkünften, wie die Landkreise Neumarkt und Neustadt a.d. Waldnaab in ihren Gemeinschaftsunterkünften untergebracht haben. Dies ist für mich eine nicht hinnehmbare und untragbare Situation, wenn die Regierung der Oberpfalz nur versucht, in einigen wenigen Kommunen eine große Zahl von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen und andere Landkreise mit Gemeinschaftsunterkünften verschont.

Am vergangenen Freitag, den 4. September, hat mir eine deutsche Bewohnerin des Objektes Mozartstraße 3 mitgeteilt, dass ihr und ihrem amerikanischen Ehemann die Wohnung in diesem Objekt Mozartstraße 3 vom Vermieter, Frau Kerschbaum, Inhaberin der Firma GKG GmbH und Co. KG aus Bad Windsheim gekündigt worden ist. Als Kündigungsgrund werden

wirtschaftliche Gründe angegeben. Gleichzeitig wurde dieser Familie angeboten, in das Objekt Mozartstraße 1, das ebenfalls dieser Firma gehört, umzuziehen.

Diese Bewohnerin berichtete, dass bereits eine amerikanische Familie vom Objekt Mozartstraße 5 in das Objekt Mozartstraße 3 umgezogen ist und nun von Mozartstraße 3 in das Objekt Mozartstraße 1 umzuziehen hätte.

Ich verwehre mich dagegen, dass auswärtige Vermieter Vilsecker Bürgern aus wirtschaftlichen Gründen kündigen und diese aus ihren angemieteten Wohnungen ausziehen müssen, damit hier Flüchtlinge untergebracht werden können.

Die Stadt Vilseck hat sich immer für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ausgesprochen. Sofern weitere Flüchtlinge bei uns unterzubringen sind, sollte dies in dezentraler Form erfolgen. Vorab sollten jedoch diese 98 Kommunen in der Oberpfalz, die noch keine Flüchtlinge aufgenommen haben, sich solidarisch zeigen und ebenfalls Flüchtlinge aufnehmen. Sollten nun weitere Flüchtlinge zu verteilen sein, spricht sich die Stadt Vilseck für eine dezentrale Unterbringung aus. Was im Landkreis Regensburg möglich ist, muss auch bei uns in Vilseck möglich sein. Dies werde ich auch dem Regierungspräsidenten, Herrn Bartelt, so mitteilen."

Stadtrat Wilhelm Ertl gibt zu der Problematik folgende Stellungnahme ab:

" Notwendig war der Hinweis bzw. die Forderung an die Regierung der Oberpfalz und den Landkreis auf eine gerechte, ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber im Landkreis. Ferner angebracht ist der Appell an andere Landkreis-Kommunen, sich hier um Plätze in ihrer Gemeinde zu bemühen und damit ihren Anteil an der Bewältigung der gemeinsamen Aufgabe leisten. Diese gemeinsame Forderung der drei Bürgermeister und drei Fraktionsvorsitzenden wurde bereits entsprechend veröffentlicht und vom 1. Bürgermeister nochmal vorgetragen.

Eine gerechte und ausgewogene Verteilung ist wichtig im Hinblick auf die nachhaltige Akzeptanz bei der Bevölkerung. Dies gilt im Großen (EU-Ebene) wie im Kleinen (kommunale Ebene).

Der Stadtrat hat sich in seiner im Vorjahr verabschiedeten Resolution für seine positive Einstellung zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zum Ausdruck gebracht.

Wenngleich unser Appell an Landkreis und Regierung, dass in erster Linie auf eine dezentrale Unterbringung der Asylsuchenden geachtet wird, bisher kein Gehör fand, sollten wir dies nicht zum Anlass nehmen, von unseren grundsätzlichen Aussagen in der Resolution zu dieser Thematik abzuweichen.

Die Bewältigung des Flüchtlingsstromes ist eine der größten Herausforderungen für Europa und unser Land seit Ende des 2. Weltkrieges. Leider verweigern hier noch viele Mitgliedsstaaten der EU ihre Solidarität.

Ich denke, dass diese Flüchtlingsproblematik zur „Nagelprobe für Europa“ wird. Es ist ein Problem, das viel größere Anstrengungen erfordern wird, als die Stabilisierung des Euro oder die Rettung der Griechen vor dem Staatsbankrott. Es geht hier nicht um das Schicksal von Banken, nicht um das Überleben des Euro; es geht um das Überleben von Millionen Menschen.

Die Schreckensbilder aus den Herkunftsstaaten in denen Krieg und Terror an der Tagesordnung stehen, sprechen eine eindeutige Sprache. Das Foto des toten Flüchtlingskindes Aylan aus Syrien am Strande der Türkei ging um die Welt. Es symbolisiert das Leiden dieser Menschen. Dieses Foto dokumentiert das historische Versagen unserer Zivilisation in dieser Flüchtlingskrise. Die Bild-Zeitung schrieb hier: „Das reiche Europa macht sich schuldig, wenn wir weiter zulassen, dass Kinder an unseren Küsten ertrinken“.

Nicht anfreunden kann ich mich mit der Unterteilung in "gute" oder "schlechte" Asylbewerber. Ich vermeide hier ganz bewusst den abwertenden Begriff „Wirtschaftsflüchtlinge“, stattdessen rede ich hier von „Armutflüchtlingen“. Menschen, die Not, Hunger, Armut und Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat haben, sehen hier in der Flucht ihre einzige Chance auf eine bessere Zukunft. Gewiss: Perspektivlosigkeit ist kein Asylgrund. Aber wer von uns würde nicht genauso handeln in so einer verzweifelten Lage?

Es ist einfach zu sagen: diese Menschen kommen aus sicheren Herkunftsstaaten, deshalb haben sie kein Bleiberecht und müssen abgeschoben werden. Die Roma haben kein Zuhause - nicht auf dem Balkan, nicht in Deutschland, nicht in Frankreich. Sie sind überall ungern gesehen. Die Politik v.a. auf EU-Ebene, ist gefordert, diesen Minderheiten eine Zukunftsperspektive zu geben.

Bundestagspräsident Lammert hat heute im Bundestag gesagt: "Diese große humanitäre, politische und kulturelle Herausforderung wird Deutschland verändern". Der Bundestagspräsident sieht Deutschland durch die ins Land kommenden Flüchtlinge vor einem dauerhaften Wandel. Er zeigte sich überzeugt, dass dies letztlich zum Vorteil des Landes geschieht. Vizekanzler Gabriel hat heute in einem ZDF-Interview gesagt, Deutschland könne 500.000 Flüchtlinge im Jahr aufnehmen.

Auch an uns wird dieser Wandel nicht vorbei gehen, ob wir es wollen oder nicht. Wir wissen nicht, wie viele Flüchtlinge wir in einem halben Jahr, in einem Jahr oder später bei uns in Gemeindegebiet von Vilseck haben werden und wie viele von ihnen auf Dauer bei uns bleiben werden. Wir wissen auch nicht, woher diese Menschen kommen werden. Ungeachtet dieser Fragen sollten wir uns darum bemühen, den Asylsuchenden weiterhin wohlwollend entgegenzutreten und deren Integration zu unterstützen.

Wörtlich heißt es hier in unserer Petition:

„Der Stadtrat von Vilseck ist sich der außergewöhnlichen Situation bewusst. Gleichzeitig sehen wir aber auch unsere humanitäre Verantwortung, der wir nachkommen wollen. Wir bitten die Bürgerschaft von Vilseck, zusammen mit Vereinen, sozialen Institutionen und der Stadt Vilseck die bei uns lebenden Asylbewerber zu unterstützen und ihnen Hilfe angeeignet zu lassen. Wir als Kommune wollen unseren Anteil dazu leisten.“

Stadtrat Manuel Plößner meint dazu, dass der Stadt die Flüchtlinge zugewiesen werden. Sie hätte wenig Einfluss darauf, ob dezentral oder zentral. Die Bundeskanzlerin fordere eine faire Verteilung der Flüchtlinge. Das klappe in der EU nicht und auch nicht in den Regierungsbezirken, den Landkreisen und den Kommunen. Stadtrat Plößner ist der Ansicht, dass die Stadt höchstens auf die Verteilung im Landkreis nehmen könne. Er selbst habe kein Problem damit, dass Vilseck mehr Flüchtlinge aufnimmt, als andere Gemeinden. Er sieht aber das Problem, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung kippen wird. Weiter meint er, dass die Stadtkasse wegen der zusätzlichen Aufgaben mit den Flüchtlingen mit einer zusätzlichen Kraft besetzt werden müsse. Es sollte an den Landkreis herantreten werden, damit Vilseck eine Unterstützung gebeten bekommt und eine einigermaßen faire Verteilung der Flüchtlinge erfolgt. Gemeinden, die keine Flüchtlinge aufnehmen, sollten trotzdem ihren Beitrag leisten, evtl. finanziell. Der Landrat solle sich vermehrt für eine faire Verteilung der Flüchtlinge einsetzen.

Der Stadtrat kommt überein, erneut bei der Regierung und im Landratsamt für eine gleichmäßigere Verteilung der Flüchtlinge auf alle Kommunen zu intervenieren.

3. Umgestaltung des Naherholungsgebietes Vilsauen; Beschlussfassung über das städtebauliche Neuordnungskonzept

Landschaftsarchitektin Gabriele Harth stellt den Stadträten den bereits mit der Sitzungseinladung zugesandten Erläuterungsbericht zum Neuordnungskonzept für die Vilsauen vor.

Der Bürgermeister führt dazu aus, dass dieses Konzept die Grundlage für die geplante Begehung der Kleingartenanlage mit dem Bauausschuss sein soll. Deshalb sollte in dieser Sitzung die grundsätzliche Zustimmung des Stadtrats zu diesem städtebaulichen Neuordnungskonzept eingeholt werden. Die Gesamtkosten für die entsprechenden Baumaßnahmen, wie Pavillon, Sitzmöglichkeiten, Bewegungsparkour, neue Brücken, Kneippbecken, Grillplatz und Randbepflanzungen, liegen bei 316.612,59 Euro brutto. Alle Maßnahmen werden mit 60 % Zuschuss aus Städtebauförderungsmitteln gefördert.

Sollten einzelne Stadträte jedoch der Meinung sein, grundlegende Änderungen am Neuordnungskonzept vornehmen zu können, die den städtebaulichen Zielen widersprechen, gefährden sie die Gesamtförderung für dieses Projekt - sprich, sie setzen einen möglichen Zuschuss von 190.000 Euro aus Spiel.

Insbesondere geht Frau Harth bei ihren Erläuterungen nochmals auf den "Turmgarten" ein. Um das Stahlkunstwerk in diesem Bereich wird ein Metallzaun errichtet. Das Kunstwerk soll rund herum bepflanzt werden, um ein Besteigen zu verhindern.

Des Weiteren stellt sie die Planung des Kneippbeckens vor. Es soll am Altmühlbach am Zugang von der Burg her errichtet werden. Eine Quelle wird gefasst und das Wasser durch das Becken wieder in den Altmühlbach geleitet. Es wird ein Betonbecken errichtet. Über den Altmühlbach wird an dieser Stelle eine neue Brücke errichtet.

Bürgermeister Schertl wirft ein, dass Frau Adolfine Nitschke vorgeschlagen habe, ein Naturbecken zu errichten, weil dies leichter zu reinigen sei. Dem widerspricht Architekt Michael Flierl.

Auch Stadtrat Manuel Plößner ist der Meinung, dass früher davon gesprochen wurde, ein Naturbecken zu errichten. Er findet weiter, dass der angedachte Standort ungünstig sei, weil durch die Bäume in der Nähe das Becken mit zu viel Laub verschmutzt werde.

Der Anlieger am Altmühlbach, Thomas Ringer erhält das Wort erteilt (Abstimmung: 18 . 0):

Herr Ringer hat das Fischrecht im Altmühlbach. Er befürchtet dass durch die Entnahme des Wassers für das Kneippbecken der Wasserspiegel zu stark absinkt und seine Fische dann nicht mehr genug Wasser hätten.

Der Bürgermeister entgegnet dazu, dass bei der Baugenehmigung für das Kneippbecken solche Fragen von den zuständigen Fachbehörden geklärt würden.

Weiter führt Frau Harth aus, dass der Grasweg, der direkt in die Kleingartenanlage aus der Planung herausgenommen wurde und somit keine städtebauliche Maßnahme mehr ist. Gestalterische Maßnahmen an diesem Weg sind somit im Privatbereich. Wenn Privatleute an diesem Weg Verbesserungen im Sinne der Städtebauförderung durchführen, werden diese von der Regierung gefördert.

Abschließend stellt Frau Harth die beiliegende Kostenberechnung für die gestalterischen Maßnahmen in den Vilsauen vor. Die Stadträte halten verschiedene Maßnahmen für überteuert oder gar nicht notwendig. Man sollte nach Möglichkeit nach Einsparmöglichkeiten suchen.

Stadtrat Ludwig Pröls hält beispielsweise die Anzahl der vorgesehenen Bänke und Sitzmöglichkeiten für zu hoch.

Stadtrat Manfred Högl meint, dass das alles zu aufwendig gestaltet werde. Er sagt: "Die Folgekosten fressen uns irgendwann auf".

Stadträtin Hildegard Ringer hält beispielsweise die Kosten für den Zaun um das Stahlkunstwerk für zu teuer.

2. Bürgermeister schließt die Diskussion mit dem Hinweis ab, dass bei der Begehung mit dem Bauausschuss die Feinabstimmung erfolgen soll. Hier könnten noch kleinere Änderungen in

der Planung vorgenommen werden. In der nächsten öffentlichen Stadtratssitzung werde dann das städtebauliche Neuordnungskonzept für die Vilsauen endgültig beschlossen.

Beschluss (Abstimmung: 15 : 3):

Der Stadtrat erklärt sich grundsätzlich mit dem vom Architekturbüro Harth & Flierl, Amberg, ausgearbeiteten städtebaulichen Neuordnungskonzept für die Vilsauen einverstanden.

4. Generalsanierung Schule Vilseck

4.1: Genehmigung der Mehrkostenanmeldung für Arbeiten an der Südseite des Gebäudeteils "Ganztagsbetreuung/Mehrzweckhalle"

Das Architekturbüro Harth & Flierl hat die Stadt darauf hingewiesen, dass im Bereich der Mehrzweckhalle verschiedene Arbeiten umzusetzen sind, die im Jahr 2008 beim Umbau und der Erweiterung der Mehrzweckhalle zur Mittagsbetreuung zurückgestellt wurden. Es ergeben sich hier Mehrkosten von ca. 41.000 Euro, für die Ergänzung des Wärmedämmverbundsystems, für den Einbau von Brandschutztüren sowie für zusätzliche Spengler- und Schlosserarbeiten.

Der Bauausschuss hat dieses Thema diskutiert und dem Stadtrat empfohlen, diesen Mehrkosten zuzustimmen.

Beschluss (Abstimmung: 18 : 0):

Der Stadtrat beschließt, die noch auszuführenden Arbeiten im Bereich der Mehrzweckhalle und der Ganztagsbetreuung in der Schule Vilseck durchführen zu lassen und genehmigt die hierfür notwendigen Kosten von ca. 41.000 Euro.

Im Rahmen dieser Arbeiten sind zwei Türen ausgeschrieben worden. Drei Firmen wurden zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Ein Angebot der Firma Vollmuth, Sulzbach-Rosenberg, ging ein zur Bruttosumme von 6.647,34 Euro.

Beschluss (Abstimmung: 18 : 0):

Der Auftrag zum Einbau von zwei Türen im Bereich der Mehrzweckhalle und der Ganztagsbetreuung in der Schule Vilseck wird an die Firma Vollmuth, Sulzbach-Rosenberg, zum angebotspreis von 6.647,34 Euro vergeben.

4.2: Aussprache und Beschlussfassung "Austausch Wandfliesen Schule"

Die Entscheidung über den Austausch von Wandfliesen in der Schulküche wird zurückgestellt. Der Bauausschuss wird bei seiner nächsten Sitzung die Schulküche besichtigen und dann entscheiden, ob die gesamte Schulküche erneuert werden muss. Dann sollen im Zuge dieser Umbaumaßnahme auch die Wandfliesen ausgetauscht werden.

Stadtrat Ludwig Pröls spricht sich bereits jetzt für einen Austausch der gesamten Schulküche aus, da die alte bereits in einem sehr schlechten Zustand ist.

4.3: Vergabe der Schreinerarbeiten für Trakt D

Beschluss (Abstimmung: 17 : 0):

Der Auftrag für Schreinerarbeiten im Trakt D der Mittelschule Vilseck wird an die günstigstbietende Firma Plößner, Sorghof, zum Angebotspreis von 10.019,80 Euro vergeben.

Anmerkung: Stadtrat Manuel Plößner hat wegen persönlicher Beteiligung nicht an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen.

5. Vergabe des Auftrags zur Beschaffung eines neuen Beamers für den Sitzungssaal im Rathaus

Bürgermeister Schertl berichtet, dass der Beamer im Sitzungssaal in die Jahre gekommen sei. Die Verwaltung habe Angebote eingeholt und sich für ein Modell der Firma Piper zum Preis von 6.327 Euro entschieden.

Inzwischen wurde der Bürgermeister darauf angesprochen, dass auch von Vilsecker Firmen Angebote eingeholt werden sollten.

Die Entscheidung über die Anschaffung eines neuen Beamers für den Sitzungssaal wird zurückgestellt, bis die Verwaltung weitere Angebote von Vilsecker Firmen eingeholt hat. Es soll darauf geachtet werden, dass die angebotenen Geräte den selben Standard erfüllen.

6. Bahnhofstraße Vilseck;
Bekanntgabe der Geschwindigkeitsmessungen

Bürgermeister Schertl berichtet, dass in der Bahnhofstraße leider stadteinwärts und stadtauswärts erheblich zu schnell gefahren wird. Dies bestätigten längere Messungen mit dem stadteigenen Gerät.

Stadteinwärts erfolgten 2.342 Messungen von Fahrzeugen von denen nur 190 sich an die vorgegebene Geschwindigkeit hielten.

Stadtauswärts Richtung Sorghof wurden 1.893 Fahrzeuge gezählt, von denen nur 62 Fahrzeuge die vorgegebene Geschwindigkeit von 50 km/h einhielten.

Diese Messergebnisse wurden an die Polizei weitergegeben. Zwischenzeitlich hat die Verkehrspolizei Amberg Radarmessungen vorgenommen. Viele Verkehrsteilnehmer waren zu schnell, sind Geschwindigkeiten zwischen 80 und 90 km/h gefahren, die ein höheres Bußgeld sowie Fahrverbote nach sich ziehen werden. Die Polizei hat mitgeteilt, dass weitere Messungen erfolgen werden.

Um jedem Verkehrsteilnehmer zu verdeutlichen, dass es hier ein Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gibt, wird der Bauhof Hinweisschilder "Vorsicht Radarkontrolle" sowie das Zeichen "50 km/h" aufstellen.

Die Absicht, an allen Ortseingängen das Hinweisschild "Vorsicht Radarkontrollen" aufzustellen wurde im Stadtrat konträr diskutiert. Man einigte sich schließlich darauf, diese Schilder zur Abschreckung von Rasern und als weiteren Hinweis zur Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit aufzustellen.

7. Widmungen

7.1: Verbindungsweg zwischen der Breslauer Straße und der Krankenhausstraße

Nachdem die ausgebauten Verbindungswege zwischen der Görlitzer Straße und der Breslauer Straße sowie dessen Abzweigungen zur Liegnitzer Straße und zur Stettiner Straße bislang nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, stellen sie rein rechtlich einen städtischen Privatweg dar. Privatwege stehen zum einen nicht jedermann zur Verfügung und fallen zum

anderen nicht in den Geltungsbereich der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter der Stadt Vilseck. Derzeit ist der städtische Bauhof für die Reinhaltung des Verbindungsweges zuständig.

Damit der Verbindungsweg, samt seiner Abzweige, künftig die Eigenschaft einer öffentlichen Straße erhält und von jedermann genutzt werden kann, sollen nun der Verbindungsweg, samt seiner Abzweige, zu einem beschränkt-öffentlichen Weg (Geh- und Radweg) gewidmet werden.

Sobald der Verbindungsweg, samt seiner Abzweige, gewidmet wurde, sind die Anrainer des Verbindungsweges für dessen Reinhaltung zuständig.

Beschluss (Abstimmung 14 : 3):

Der Verbindungsweg (Fl.Nr. 566/25 Tfl., Gemarkung Vilseck) zwischen der Görlitzer Straße und der Breslauer Straße wird von der Einmündung in die Görlitzer Straße, Fl.Nr. 567/13, Gemarkung Vilseck - Bestandsverzeichnis Nr. 68 / Vilseck - (Anfang: Kilometer 0,0) bis zur Einmündung in die Breslauer Straße, Fl.Nr. 565/10, Gemarkung Vilseck - Bestandsverzeichnis Nr. 51 / Vilseck - (Ende: Kilometer 0,143) als beschränkt-öffentlicher Weg (Geh- und Radweg) gemäß Art. 6 BayStrWG gewidmet.

Des Weiteren werden die Abzweige des o.g. Verbindungsweges zur Liegnitzer Straße, Fl.Nr. 565/25, Gemarkung Vilseck – Bestandsverzeichnis Nr. 69 / Vilseck - (mit einer Länge von 0,027 km) sowie zur Stettiner Straße, Fl.Nr. 568/17, Gemarkung Vilseck – Bestandsverzeichnis Nr. 67 / Vilseck - (mit einer Länge von 0,027 km) als beschränkt-öffentlicher Weg (Geh- und Radweg) gemäß Art. 6 BayStrWG gewidmet.

Der Verbindungsweg, samt seiner Abzweige, ist im beiliegenden Lageplan rot eingezeichnet.

7.2: Verbindungsweg zwischen der Görlitzer Straße und der Breslauer Straße sowie dessen Abzweigungen zur Liegnitzer Straße und zur Stettiner Straße

Nachdem der ausgebaute Verbindungsweg zwischen der Breslauer Straße und der Krankenhausstraße bislang nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmet ist, stellt er rein rechtlich einen städtischen Privatweg dar. Privatwege stehen zum einen nicht jedermann zur Verfügung und fallen zum anderen nicht in den Geltungsbereich der Verordnung über die

Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter der Stadt Vilseck. Derzeit ist der städtische Bauhof für die Reinhaltung des Verbindungsweges zuständig.

Damit der Verbindungsweg künftig die Eigenschaft einer öffentlichen Straße erhält und von jedermann genutzt werden kann, soll nun dieser Verbindungsweg zu einem beschränkt-öffentlichen Weg (Geh- und Radweg) gewidmet werden.

Sobald der Verbindungsweg gewidmet wurde, sind die Anrainer des Verbindungsweges für dessen Reinhaltung zuständig.

Beschluss (Abstimmung: 14 : 3):

Der Verbindungsweg (Fl.Nr. 571/10, Gemarkung Vilseck) zwischen der Breslauer Straße und der Krankenhausstraße wird von der Einmündung in die Breslauer Straße, Fl.Nr. 565/10, Gemarkung Vilseck - Bestandsverzeichnis Nr. 51 / Vilseck - (Anfang: Kilometer 0,0) bis zur Einmündung in die Krankenhausstraße, Fl.Nr. 538/1, Gemarkung Vilseck - Bestandsverzeichnis Nr. 12 / Vilseck - (Ende: Kilometer 0,056) als beschränkt-öffentlicher Weg (Geh- und Radweg) gemäß Art. 6 BayStrWG gewidmet.

Der Verbindungsweg ist im beiliegenden Lageplan rot eingezeichnet.

8. Recyclingzentrum Oberweißenbach;
Beschlussfassung über die Änderung des Flächennutzungsplanes

Im Abbaugbiet des ehemaligen Steinbruches liegen im östlichen Teil auch vier Flurstücke, deren Eigentümer Anwohner der Ortschaft Altmannsberg sind. Im bisherigen Verfahren der Flächennutzungsplanänderung waren diese Flächen als Rekultivierungsflächen hinterlegt.

Bei einem Gespräch mit Herrn Schlegl vom Landratsamt Amberg-Sulzbach (untere Bauaufsichtsbehörde) wurde gefordert, dass diese Flächen doch wieder ihrer ursprünglichen Nutzung, nämlich der Landwirtschaft, zugeführt werden sollten. Bei einem Erläuterungsgespräch mit den Eigentümern am 27. August 2015 haben diese ihr Einverständnis signalisiert. Somit könnten diese Flächen, nach einem Baugenehmigungsverfahren verfüllt und anschließend wieder landwirtschaftlich genutzt werden, was auch im Interesse der Eigentümer ist.

Beschluss (Abstimmung: 16 : 0):

Der Flächennutzungsplan der Stadt Vilseck wird wie folgt geändert:

Die 2,78 ha umfassende Fläche der Flurnummern 3791, 3792, 3793 und 3794 (Gemarkung Sigl) soll im Flächennutzungsplan nicht, wie bisher geplant, als Rekultivierungsfläche dargestellt werden, sondern als landwirtschaftliche Nutzfläche.

9. Schulverbund Obere Vils-Ehenbach;

Bekanntgabe der Schülerzahlen für das Schuljahr 2015/2016

In der letzten Sitzung des Schulverbundes Obere Vils-Ehenbach wurden die Schülerzahlen für das neue Schuljahr bekanntgegeben (siehe beiliegende Zusammenstellung). Leider hat das Kultusministerium keine weiteren Stunden für verschiedene Wahlfächer zur Verfügung gestellt. Es kann nur der Pflichtunterricht gehalten werden.

Aus Sicht der Stadt Vilseck sei zu sagen, so Bürgermeister Schertl, dass in der 5. und 6. Klasse voraussichtlich 29 Schüler unterrichtet werden. In anderen Schulen gibt es Klassen mit 17 bzw. nur 13 Schülern. Diese großen Klassen, vor allem in Vilseck, stützen den Verbund. Dies ist die Solidarität, die in einem Verbund notwendig bzw. möglich ist. Auch die 8. und 9. Klassen in Hahnbach mit 16 bzw. 15 Schülern liegen an der untersten Grenze.

Derzeit werden 12 Asylbewerberkinder in einer Übergangsklasse untergebracht.

Stadtrat Manuel Plößner vertritt die Ansicht, dass die Stadt an das Kultusministerium schreiben sollte und dringend um die Zuweisung von weiteren Lehrern für Wahlfächer ersuchen sollte.

Stadtrat Karl Trummer meint hierzu, dass ein Brief des Elternbeirats hier mehr Gewicht habe.

10. Kläranlage Vilseck;

Vergabe der Einhausung für das Notstromaggregat

Bürgermeister Schertl erläutert, dass das stationäres Notstromaggregat der Stadt seit einiger Zeit in der Vilsecker Kläranlage stehe. Um es dauerhaft zu schützen, ist es notwendig, eine Einhausung zu errichten. Es wurden Angebote eingeholt. Wirtschaftlichster Bieter ist die Firma Holzhaus Haselberger, Vilseck, zum Bruttopreis von 10.638,60 Euro.

Schulverbund: Obere Vils/Ehenbach

Planung des Schuljahres 2015/16

Stand: 23.07.2015

Hirschau	Klasse	Durchschnitt	Schülerzahl			Lehrer- stunden
			Schüler	m	w	
	5	1.74	21	15	6	106
	6a		0			
	6b		21	12	9	
			19	11	8	
			61	38	23	
Schnaittenbach			Schüler	m	w	110
	7	2.04	24	14	10	
	8		17	12	5	
	9		13	8	5	
			54	34	20	
Vilseck			Schüler	m	w	216
	5	1.86	29	16	13	
	6		29	15	14	
	7		20	10	10	
	8		16	6	10	
	9		22	11	11	
			116	58	58	
Hahnbach			Schüler	m	w	414
	5a	1.80	19	11	8	
	6a		15	10	5	
	R7		18	11	7	
	M7a		21	10	11	
	R8		16	9	7	
	M8a		31	15	16	
	M8b		0	0	0	
	R9		15	10	5	
	M9a		21	9	12	
	M9b		21	14	7	
	M10a		27	13	14	
	M10b		26	12	14	
			230	124	106	
			0			
			0			
			461	254	207	
				461		
					846	

40P 9

8. September 2015

Beschluss (Abstimmung: 16 : 0):

Der Auftrag zur Errichtung einer Einhausung für das Notstromaggregat in der Kläranlage wird an die günstigstbietende Firma Holzhaus Haselberger, Vilseck, zum Bruttoangebotspreis von 10.638.60 Euro vergeben.

Pilger

Zypse